



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Nachtragshaushaltsplan 2025;

**hier: Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen
(Kap. 15 06 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushalt 2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 06 (Sammelansätze für den Gesamtbereich der Hochschulen) wird ein neuer Tit. „Umsetzung einer nachhaltigen Strategie gegen Antisemitismus an den bayerischen Hochschulen“ eingerichtet und mit Mitteln in Höhe von 3.700,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Begründung:

Die Expertenanhörung zum Thema „Antisemitismus an bayerischen Hochschulen“ des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst im Landtag am 23. Oktober 2024 hat gezeigt, dass Antisemitismus auch an den bayerischen Hochschulen verstärkt auftritt und jüdische Studierende seit dem 7. Oktober 2023 immer öfter Bedrohungen ausgesetzt sind. Die bayerischen Hochschulen haben sich mit der „Resolution für Respekt an den bayerischen Hochschulen und gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus“ deutlich positioniert und ihre Rolle als Orte des offenen Dialogs deutlich gemacht. Sicheres Lernen und Forschen und das Angebot offener Diskussion aller Hochschulangehörigen sind für die Hochschulvertreterinnen und -vertreter ein unabdingbares Ziel.

Mit dem Fünf-Punkte-Aktionsplan gegen Antisemitismus an Hochschulen unterstützt die Staatsregierung zwar die Absicht, jüdische Studierende und Wissenschaftler zu schützen und zu stärken, der Plan bleibt jedoch unverbindlich mit Absichtserklärungen und bietet für die konkrete Umsetzung an den Hochschulen zu wenig Unterstützung und Koordinierung.

So sind an den Hochschulen Beauftragte für Antisemitismus eingerichtet worden, diese können jedoch mangels Ausstattung nur die Rolle einer Beschwerdestelle einnehmen. Sie sind mit keinen zusätzlichen Ressourcen und Stellen ausgestattet, die es den Beauftragten erlauben würden, auch Präventions- und Bildungsangebote gegen Diskriminierung und Antisemitismus aufzustellen, die jedoch dringend notwendig wären.

Sowohl der Zentralrat der Juden in Deutschland wie auch der Vorsitzende der Universität Bayern e. V., Prof. Dr. Stefan Leible, haben die Notwendigkeit einer nachhaltigen Strategie zur Antisemitismusbekämpfung, entsprechender flächendeckender Maßnahmen und bildungspolitischer Initiativen deutlich gemacht. Das Engagement der Hochschulen gegen Antisemitismus bräuchte ausreichende Ressourcen, um weitere effiziente Maßnahmen flächendeckend und nachhaltig an allen Hochschulen umzusetzen.

Die Hochschulvertreterinnen und -vertreter sind sich einig, dass mit der derzeitigen finanziellen und personellen Ausstattung kein langfristiger Erfolg für umfassende Präventionsmaßnahmen erreicht werden kann. Das betrifft die Ausstattung der Antisemitismusbeauftragten ebenso wie Schritte beim Ausbau der Forschung zum Thema Antisemitismus und der Lehrkräfteausbildung. In beiden Bereichen braucht es ein Gesamtkonzept der Staatsregierung für die bayerische Hochschullandschaft.

Der Wissenschaft kommt im Kampf gegen Antisemitismus eine besondere Rolle zu. Wissen über Antisemitismus in all seinen Formen ist die Voraussetzung für eine Auseinandersetzung und Bekämpfung. Die zusätzlichen Mittel sollen für die Ausstattung der Stellen der Beauftragten für Antisemitismus an allen bayerischen Hochschulen eingesetzt werden.